

Anteil an Frauenkandidaturen sinkt

Der Anteil an Kandidatinnen für den Kanton Zug ist bei den Nationalratswahlen von rund 49 auf 42,5 Prozent gesunken.

Vanessa Leutenegger

Noch immer ist der Frauenanteil im Bundesparlament geringer als jener der Männer: Rund 41 Prozent des Nationalrats sind weiblich, im Ständerat sind es sogar nur 29 Prozent. Damit hat der Frauenanteil mit den letzten nationalen Wahlen gegenüber der vorangehenden Legislaturperiode um gut 10 Prozent zugenommen, wie auf der Website des Parlaments einsehbar ist. Der Kanton Zug schickte mit Manuela Weichelt die erste und einzige Vertreterin nach Bern, die anderen vier Vertreter waren männlich.

Mit der Wahl am Sonntag könnten die Karten neu gemischt werden. Aber eine stärkere Frauenbesetzung ist von verschiedenen Faktoren abhängig: beispielsweise dem Listenplatz, der Präsenz in der kantonalen Politik und der Anzahl Frauen, die überhaupt kandidieren. Die Frauenzentrale Zug engagiert sich bei Wahlen politisch und unterstützt Frauen bei ihrer Kandidatur. Die Verantwortlichen haben auch dieses Jahr ausgewertet, wie viele Frauen

für den Kanton Zug antreten. 42,5 Prozent der Kandidierenden sind weiblich – vor vier Jahren waren es über 49 Prozent.

«Das ist bedauerlich», sagt Heidi Hauenstein-Ringer, Präsidentin der Frauenzentrale Zug. Solange weniger Frauen als Männer kandidieren würden, blieben Frauen in politischen Gremien untervertreten, wie die Frauenzentrale in einer Medienmitteilung ausführt. Untersuchungen hätten gezeigt, dass das Fehlen von Frauen, die sich für ein Amt zur Verfügung stellen, mitunter eine der grössten Hürden auf dem Weg zu einer ausgeglicheneren Geschlechtervertretung in der Politik sei.

Frauen bringen andere Perspektive in die Politik

Die Vertretung von Frauen im Parlament erachtet Heidi Hauenstein als wichtig. Aus verschiedenen Gründen, wie sie auf Anfrage erklärt. «Mädchen werden – unter anderem aufgrund von Geschlechtervorstellungen, gesellschaftlichen Erwartungen oder Erziehungsmustern – anders sozialisiert als Buben», sagt sie.



Der Anteil an Frauen ist im Parlament gestiegen seit der letzten Wahl.

Bild: Anthony Anex/Keystone

Frauen machen andere Erfahrungen als Männer und setzen deshalb teils andere politische Schwerpunkte und Prioritäten. Sie ergänzt: «Es ist wichtig, dass die weibliche Sichtweise noch stärker in politischen Prozessen berücksichtigt wird, damit auch die Bedürfnisse und Ansprüche von Frauen in die Gesetze einfließen, die das Zusammen-

leben in der Schweiz regeln.» Damit die Frauen in der Politik Fuss fassen, ist deren Förderung innerhalb der Partei ein wichtiges Hilfsmittel. Diese Förderung fällt in den verschiedenen Parteien unterschiedlich aus. Dass der Frauenanteil auf den Listen steigt freut Hauenstein: «Das ist ein positiver Schritt in Richtung Geschlechtergerech-

tigkeit und Inklusion in der politischen Arena.»

Am meisten Frauen schicken dieses Jahr die ALG ins Rennen um Nationalratssitze: Auf ihren Listen sind insgesamt 13 Frauen zu finden. SP und GLP haben je sechs Frauen am Start, die Mitte und SVP je fünf. Auf den Listen der FDP und auf der Liste des Zuger Gewerkschaftsbund sind je zwei Frauen zu finden. Je eine Kandidatin steigen für Aufrecht-Zug, CSP, EVP und Parat ins Rennen.

Nicht nur in der Anzahl der kandidierenden Frauen unterscheiden sich die Parteien, sondern auch was die Platzierung auf den Listen betrifft. Zur Freude von der Präsidentin der Frauenzentrale befinden sich auf 21 der 34 Wahllisten Frauen auf dem ersten Listenplatz. «Damit werden mehr als 60 Prozent aller Listen von einer Frau angeführt», rechnet sie vor in der Medienmitteilung vor. «Das ist wichtig. Im Gegensatz zu Männern müssen Frauen nämlich möglichst weit vorne auf der Liste stehen, damit sie gewählt werden.» Eine schweizweite Auswertung der Wahlen 2019

habe gezeigt, dass viele Männer auch noch vom fünften oder sogar noch tieferen Listenplatz aus gewählt würden. «Für Frauen ist das ein Ding der Unmöglichkeit», findet Hauenstein.

Frauenförderung als ideologische Frage

Wie Heidi Hauenstein auf Anfrage erklärt, gibt es verschiedene Mittel, um Frauenförderung zu betreiben. Ein wichtiges davon sei die oben beschriebene Ausgestaltung von Wahllisten. «Linke Parteien, die stärker auf Geschlechtergleichstellung ausgerichtet sind, achten darauf, dass Frauen und Männer auf Wahllisten paritätisch vertreten sind und dass Frauen ebenso wie Männer aussichtsreiche Listenplätze erhalten.»

Was gemäss ihrer Aussage nachweislich die Wahlchancen erhöhe. Wie viel Frauenförderung eine Partei betreibt und welche Priorität sie dem Thema einräumt, sei letztlich immer eine Frage ihrer ideologischen Ausrichtung. «Und es hängt nicht zuletzt auch von den Forderungen der Frauen in der eigenen Partei ab.»

Tempo 30 hat sich etabliert

Der Hünenberger Gemeinderat ist zufrieden mit dem neuen Verkehrsregime im Zentrum. Die Forderung einer Petition nach einem Zebrastreifen lehnt er ab.

Rahel Hug

Anfang Juni feierte Hünenberg die neu gestaltete Chamerstrasse und die Zentrumsüberbauung Maihölzli mit einem grossen Fest. Seit dem Frühling gilt hier ein neues Temporegime: 30 statt 50. Ein neuer sogenannter Mehrzweckstreifen in der Mitte der Strasse ermöglicht es, die Strasse in zwei Etappen zu überqueren. Wie hat sich das neue System etabliert? Die Gemeinde zeigt sich zufrieden, wie sie kürzlich mitteilte. Die Verkehrsteilnehmenden hätten sich an das neue Regime gewöhnt. «Tempo 30 wird vom motorisierten Verkehr eingehalten und der Verkehrsfluss wurde entsprechend beruhigt.»

Auch was die Sicherheit betrifft, habe sich die Situation verbessert, schreibt die Gemeinde. Das bestätigte eine extern durchgeführte Wirkungskontrolle. Während einer Woche wurden ein Seitenradargerät (ein Verkehrszählgerät) und drei Zeitrafferkameras montiert und anschliessend ausgewertet, wie die Gemeinde auf Anfrage ergänzt. Die Umsetzung von Tempo 30 werde als erfolgreich beurteilt, wenn 85 Prozent aller Fahrzeuge unter 38 Stundenkilometer fahren. Auf der Chamerstrasse sei dieser Wert mit 34 Stundenkilometern unterschritten worden.

«Die Beobachtungen vor Ort bestätigten zudem, dass Fussgängerinnen und Fussgänger keine langen Wartezeiten zum Überqueren der Strasse dulden müs-



Auf der Chamerstrasse gilt seit rund einem halben Jahr ein neues Temporegime. Bild: zvg/Andreas Busslinger

sen», so die Gemeinde. Grösseren Gruppen, Kindern oder älteren Personen werde, insbesondere wenn diese bereits auf dem Mehrzweckstreifen warten, durch die Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker der Vortritt gewährt.

Keine Meldungen über Unfälle

«Wie es bei neuen Verkehrssignalisationen üblich ist, konnten im Frühling – und insbesondere als der Deckbelag noch nicht realisiert war – bei Verkehrsteilnehmenden vereinzelt Unsicherheiten betreffend Vortrittsregelungen festgestellt werden», erklärt Theo Kern, Leiter der Abteilung Sicherheit und Umwelt. Die flächige Querungs-

möglichkeit über den Mehrzweckstreifen werde rege genutzt und in der Zwischenzeit funktioniere das Miteinander.

Gab es auch einen Austausch mit der Zuger Polizei? Kam es seit den Anpassungen auf der Strasse zu Unfällen? Die Gemeinde schreibt dazu: «Es wurden bislang keine sicherheitskritischen Situationen beobachtet und auch keine Unfälle seitens Polizei gemeldet.» Durch den Mittelstreifen wurde die Bushaltestelle zu einer Fahrbahnhaltestelle. Dadurch sei die Verkehrssicherheit zusätzlich erhöht worden, «weil keine gefährlichen Überholmanöver des haltenden Busses oder anderer grosser, langsamer Fahrzeuge mehr möglich sind».

Die Umgestaltung der Chamerstrasse war von der Gemeindeversammlung im Juni 2021 genehmigt worden. Nach der Fertigstellung des Projekts reichte die Einwohnerin und Co-Präsidentin des Grünen Forums Alexia Renner diesen Sommer eine Petition ein. Ihre Forderung: Auf der Chamerstrasse brauche es wieder einen Zebrastreifen. Etwas über 1000 Personen hatten ihre Petition unterzeichnet.

Grüne Füsschen als Orientierungshilfe

Der Gemeinderat sieht von einer Markierung des Fussgängerstreifens ab, wie er im Antwortschreiben auf die Petition festhält. Dadurch würde «das regelkonforme Querens der

Strasse entlang der Wunschlinie verhindert» und es würden «Konfliktstellen geschaffen». Um eine Orientierung für Kinder zu schaffen, wurden bei der Querung auf Höhe der Überbauung Maihölzli grüne Füsschen markiert. Die Initiatorin der Petition hatte behauptet, der in der alten 50er-Zone markierte Fussgängerstreifen sei widerrechtlich entfernt worden. Die Gemeinde schreibt, das sei eine «falsche Aussage». «Die Neugestaltung der Chamerstrasse wurde von der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug geprüft und genehmigt.»

Alexia Renner sagte im Sommer gegenüber unserer Zeitung, bei der Chamerstrasse handle es sich nicht um eine Quartierstrasse, sondern um eine Hauptverkehrsstrasse. Deshalb sei es hier auch zulässig, einen Fussgängerstreifen zu markieren. Dazu erklärt die Gemeinde: «Diese Aussage ist grundsätzlich nicht falsch. Ein Fussgängerstreifen und ein Mehrzweckstreifen zur flächigen Querung sind aber in der

Kombination nicht möglich.» Die Initiatorin der Petition bedauert, dass der Fussgängerstreifen nun definitiv vom Tisch ist. Sie sagt auf Anfrage: «Ich habe Verständnis dafür, dass ein Mehrzweckstreifen und ein Zebrastreifen nicht nebeneinander funktionieren können. Es braucht entweder das eine oder das andere.»

Für Renner ist aber klar: «Die Option, den Fussgängerstreifen trotz Temporeduktion stehen zu lassen, hätte man an sich bereits im Planungsstadium berücksichtigen und mit der Bevölkerung diskutieren müssen.» Temporeduktion plus Fussgängerstreifen sei auf Hauptstrassen eigentlich der Normalfall. Sie habe sehr viele Rückmeldungen, insbesondere auch von Autofahrern, erhalten. Sie seien irritiert, dass die Strasse überall gequert werden dürfe, die Fussgänger jedoch keinen Vortritt hätten. Renner ist nach wie vor überzeugt: «Bei einem Fussgängerstreifen wäre der Vortritt klar und die Sicherheit höher.»

ANZEIGE

Matthias Michel

unser Zuger Ständerat



«So, wie ich ihn kenne:
mit Verständnis für Mensch,
Ökologie und Wirtschaft.»

Cédric Schmid, Präsident FDP Kt. Zug

